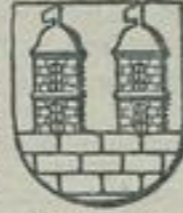


Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Reichshauptstadt und den Ausgabestellen 2 RMk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RMk., bei Hochbestellung 2 RMk. wöchentlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. **Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend** gebührt. Einzelnummern 10 Pfennig. Abbestellungen sind zu jeder Zeit bei den Verlegern oder den Geschäftsstellen zu machen. Bei Abbestellungen durch Briefpost ist die Rücksendung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises. — Abrechnung einzelner Geschäftsstellen erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 6sp. alte Normzelle 20 Hgk., die 4spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspennige, die 2spaltige Reklamazeile im täglichen Teile 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Reichspennige. **Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6** (Wilsdruff) werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 1. Oktober. Durch Fernruf übermittelte Anzeigen können, wie keine Garantie. Jeder Rücktrittspruch ist, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Es nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 255 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Sonnabend, den 1. November 1930

Gorgen des Alltags.

Frauenrebellion. — Hohe Handlungsunkosten. Unverantwortliche Sorglosigkeit.

Jetzt fangen auch die Frauen an zu „rebellieren“. Sie wollen auch endlich etwas merken von dem Preisabfall, über den so viel gesprochen und geschrieben wird. Rebelliert haben sie schon lange, einzeln aber, — und nun ist's organisiert geschehen. Die Hausfrauenvereine Groß-Berlins haben den Vätern die Aufforderung zugehen lassen, sie sollten die Vorprieise senken; was in München geschehen sei, müsse auch in Berlin möglich sein. Und wenn diesem Ersuchen nicht Folge geleistet werde, dann würden die organisierten Hausfrauen zusammen mit anderen Verbraucherorganisationen die Hilfe der Behörden heranziehen, um ihrer „Anregung“ Nachdruck zu verschaffen. Und man muß bei diesem Vorgehen der Hausfrauen daran denken, daß der größte Teil des deutschen Konsums durch die Hände der deutschen Hausfrau geht, hinter ihr die Hauptmasse der Verbraucherchaft steht. Daß sie vor allem es ist, die sich mit dem Handel in enger Berührung befindet und es nur allzu empfindlich spürt, wenn dem Ehemann „zwecks Kosten- und Preisentlastung“ der Lohn und das Gehalt gekürzt wird, sie selbst aber beim Einkauf im Bäder- und Schlächterladen, im Milch- und Gemüseteller nichts oder nach ihrer Meinung viel zu wenig von einem Sinken der Lebens- und Genussmittelpreise merkt. Sie liest von einer Herabsetzung der Kohlenpreise, aber hört schon sehr bald, daß trotzdem Gas, Wasser und Elektrizität, also die Tarife der Versorgungsbetriebe, von gewissen Kommunen nicht verbilligt werden sollen. Auch hiergegen will die Reichszentrale der deutschen Hausfrauenvereine Sturm laufen; sie verweist auf das bekannte Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums, wonach sich bei den Gemeindefunktionen die Kohlenpreismäßigung unbedingt auswirken müßte, die Landesbehörden in diesem Sinne Schritte tun sollten. Das würde natürlich auch beim Kleinhandel im Interesse seiner Kostensenkung laut genug begründet werden, — aber trotzdem hat der Reichsarbeitsminister nur allzu recht, wenn er vor kurzem in einem Interview erklärte: „Bei einer Milchverorgungsorganisation, bei der der Bauer 10 bis 12 Pfennige pro Liter erhält, der großstädtische Verbraucher aber 30 Pfennige bezahlen muß, ist es etwas nicht in Ordnung!“

Preisunterschiede von 150 Prozent zwischen dem, was der Erzeuger erhält, und dem, was der Verbraucher zahlen muß, — das ist nicht nur „etwas“, sondern eine ganze Menge „nicht in Ordnung“. Natürlich sind derartige Spannen längst nicht etwa die Regel, sondern ersenklicher Weise nur Ausnahmen, aber gerade diese sind es, die beim Verbraucher so böses Blut machen. Auf der anderen Seite versichert der Lebensmittelhandel — soweit es sich nicht um Markenartikel der Genussmittelbranche handelt —, daß er aufs äußerste kalkuliert, aber heute mit dem Dreifachen an Handlungsunkosten gegenüber der Vorkriegszeit belastet sei. Zur schärfsten Kalkulation sei er schon genötigt im Hinblick auf die Konkurrenz der Konsumvereine, der Warenhäuser und auf die gesunkene Kaufkraft weitaus weiter Kreise, dann aber auch infolge der „Überlegung“ gerade in diesem Wirtschaftszweige. Und daher erleben wir es, daß zwar — allgemein gesprochen — bei den Industriefunktionen, Syndikaten und sonstigen Konventionen, also bei dem Warenerzeuger, vielfach Preisherabsetzungen durch einen mehr oder weniger sanften Druck, durch Abzahn und durch die Zurückhaltung der Käufer herbeigeführt worden sind, daß aber nun doch nicht eine entsprechend starke Welle des Preisabbaues bis zum Verbraucher hinunter durch die ganze deutsche Wirtschaft gegangen ist oder geht. Man hat eben die Folgen einer Voderung der „Preisdiskatur“ dieser Kartelle usw. stark überschätzt, hat auch zu wenig an die fixen Kosten gedacht, die für den Handel durch die Transport- und sonstigen Preise der öffentlichen Hand festgelegt sind. Denn ebensowenig wie man einige Hoffnung darauf hegen kann, daß z. B. nun die Eisenbahn wegen der Kohlenpreisermäßigung ihre Tarife herabsetzt — während sie sehr schnell verteuert wurden, als der Kohlenpreis stieg —, ist auch damit zu rechnen, daß etwa Berlin im Interesse der Verkaufspreise für Lebensmittel z. B. die auf das Dreifache gestiegenen Standgelde in den Markthallen ermäßigt. Auch hier hört man immer nur das „Wir können nicht“, genau so, wie das auch jetzt wieder die Erzeuger von Markenartikeln erklärt haben. Wobei übrigens das Reich mit schlechtem Beispiel vorangeht; denn zurzeit wandern 30 Gesekentwürfe an den Reichsrat, die eine umfangreiche Steuer- und Finanzreform zum Inhalt haben, darunter aber nicht — eine Steuerentlastung von irgendwelcher Bedeutung.

Sorgen des Alltags — gewiß! Aber das sind doch große und zermürbende Sorgen. Und zwischen dieses Grau und wie Bligslage gerade in letzter Zeit so viele schreckliche Ereignisse, die das Grau für allzu viele in das Schwarz des Todes umwandeln. Und während man die Gründe für die Grubenkatastrophen in Niederschlesien und im Racher Revier noch immer nicht hat feststellen können, kommt aus London seltsame Kunde über die Ergebnisse der Untersuchung, die wegen der Explosion des Luftschiffes „N. 101“ veranlaßt wird. Schon

Reichsverhandlungen mit den Ländern

Sparfamkeit und Preisherabsetzung.

Arbeitschaffung.

In der Reichskanzlei fanden die Besprechungen des Reichskanzlers Dr. Brüning und des Reichsfinanzministers Dietrich mit den Vertretern der Länder Thüringen, beide Mecklenburg, Anhalt, Oldenburg, Braunschweig und beide Lippe über das Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung statt. Es folgte die Verhandlung mit Hamburg, Bremen und Lübeck. Es handelte sich bei diesen Besprechungen darum, die Zustimmung der Länder im Reichsrat zu den vom Reichsministerium verabschiedeten Vorklagen zu erlangen, insbesondere auch bei den verfassungändernden Gesetzen. Für das Gesetz über die Einschränkung der Personalaufwendungen von Ländern und Gemeinden und die Vorklage über die Senkung der Realsteuern ist eine qualifizierte Mehrheit im Reichsrat und im Reichstag erforderlich. Das Bestreben der Reichsregierung dürfte dahin gehen, nach Möglichkeit zu sichern, daß von den Ländern im Reichsrat keine oder nur kleinere Abänderungsanträge gestellt werden.

Essentielle Arbeiten.

Die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A. G. hat die nötigen Mittel gesichert, um für Zwecke der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge Darlehen im Betrag von 4 Millionen Mark geben zu können. Diese Mittel stammen hauptsächlich aus den laufenden Einnahmen an Zinsen und Amortisationen aus den von der Gesellschaft beauftragt vom Reich überwiehenen Darlehen, noch nicht aber aus einer Auslandsanleihe, über die die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Unter Berücksichtigung der Grundförderung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung der Darlehensgewährung der Länder und der eigenen Aufwendungen der Träger können damit Arbeiten im Gesamtwerte von ungefähr 250 Millionen Mark in Angriff genommen werden. Aber die Durchführung der Arbeiten wird mit den Ländern verhandelt.

Senkung von Fleisch- und Brotpreisen.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft finden Besprechungen mit den Vertretern des Fleischer- und des Bädergewerbes über die beabsichtigte Herabsetzung der Fleisch- und Brotpreise statt. Vorkläufig sind die Erwägungen mit den beteiligten Handwerkskreisen noch im Gange. Man ist sich nicht darüber in Zweifel, daß eine Preisentlastung für die beiden hauptsächlichsten Lebensmittel angestrebt werden muß; es läßt sich zurzeit aber noch nicht übersehen, wo der Hebel angelegt werden muß.

Jetzt ist zu erkennen, daß man sich in einem schier unverantwortlichen Leichtsin auf die überführte Fahrt nach Indien, auf die „Propaganda“-fahrt begeben hat, die nach ein paar Stunden so furchtbar endete. Ein einziges Mal hatte man das Luftschiff vorher auf eine Probefahrt geschickt, die ganz unbefriedigende Ergebnisse zeigte, bedenkliche Mängel offenbarte. Versagen der Motoren, ganz ungenügende Dirigierbarkeit, Überbelastung weit über das ausgerechnete Gewicht des Luftschiffes hinaus und dazu noch künstliche, sorgfältig verheimlichte Ausbalancierung des viel zu schweren Schwanzstückes, und endlich, wohl das Unglücklichste: eine Verzögerung der Probefahrt um ein Drittel der vorgeschriebenen Zeit, — das sind nur ein paar vorläufige Feststellungen über die Ursachen der Katastrophe. Und es ist fast ein Urteilsspruch, daß die Hauptverantwortlichen selbst nur Opfer dieser Katastrophe geworden sind, Opfer einer allzu großen Sorglosigkeit.

An Braunschweig wird gezahlt.

Die amtliche Mitteilung.

Amlich wird mitgeteilt: In der Frage der Weiterzahlung der Polizeigelder an Braunschweig hat der Reichskanzler folgendes Telegramm an das Staatsministerium in Braunschweig gerichtet: „Der Herr Reichsminister des Innern hat mir von dem Inhalt des Schreibens Kenntnis gegeben, daß er am 27. d. M. an die braunschweigische Regierung gerichtet hat und in dem er zum Ausdruck bringt, daß er sich die Entscheidung über die weitere Auszahlung der auf das Land Braunschweig entfallenden Zuschüsse zu den Polizeikosten zunächst vorbehalten müsse. Nachdem die Angelegenheit zum Gegenstand einer Aussprache innerhalb der Reichsregierung gemacht ist, beehre ich mich mitzuteilen, daß auch das Reichstabinett sich die endgültige Entscheidung vorbehält. Für die Regelung des Zwischenzustandes ist der Herr Reichsminister des Innern zuständig, der hierüber gleichzeitig besondere Mitteilung macht.“

Wie vom Reichsminister des Innern mitgeteilt wird, tritt in der Zwischenzeit in der Auszahlung der Polizeigelder eine Unterbrechung nicht ein, vielmehr ist die Auszahlung für November inzwischen bereits erfolgt.

Der braunschweigische Innenminister Franke hat sieben von den 20 Schulräten des Landes ihres Dienstes

entzogen. Fünf von diesen Schulräten gehören der S. P. D. an. Minister Franke erklärt, daß die Pensionierung der sieben Schulräte aus Sparheitsrücksichten erfolgte. Die Sozialdemokratische Partei dagegen behauptet, Franke habe aus politischen Antrieben gehandelt.

Brüning und Dietrich in Dresden.

Weiterhin befriedigender Verlauf der Verhandlungen mit den Ländern.

Reichskanzler Dr. Brüning hat sich in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Pander nach Dresden begeben, um der sächsischen Staatsregierung seinen Besuch abzustatten. Er benutzt seine Anwesenheit in Dresden dazu, um in gleicher Weise, wie dies mit den übrigen Ländern bereits geschehen ist, zur Vorbereitung der in der kommenden Woche beginnenden Beratungen des Reichsrates die Hauptfragen des Wirtschafts- und Finanzplanes der Reichsregierung zu erörtern. Aus diesem Grunde schließt sich auch der Stellvertreter des Reichskanzlers, Reichsfinanzminister Dr. Dietrich, der Reise an.

Die bisherigen Besprechungen des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers mit den Vertretern einer Reihe von deutschen Ländern haben in Regierungskreisen durchaus den Eindruck hinterlassen, daß bei aller Kritik der Länder dennoch die Beratungen des Reichsrates im wesentlichen ohne Schwierigkeiten vor sich gehen könnten. Der Grund liegt in der Hauptsache darin, daß das Wirtschafts- und Finanzprogramm der Reichsregierung eine Fülle von aufeinander angewiesenen Bestimmungen enthält, die nicht einzeln abgeändert werden können, ohne das gesamte Gleichgewicht zu gefährden.

Das demokratische und soziale Ideal.

Ministerpräsident Braun vor der sozialistischen Studentenschaft.

Bei einer Kundgebung der sozialistischen Studentenschaft in Berlin hielt der vreuhsche Ministerpräsident Dr. Braun eine Ansprache, in der er u. a. erklärte: Wo in der Welt für Freiheit und Menschenrechte gekämpft wurde, hätte immer die begeisterte akademische Jugend im Vordergrund gestanden. Ein großer Teil der jetzigen Jugend an den deutschen Hochschulen habe sich bewußt abgekehrt von allen demokratischen und sozialen Gedankengängen und juble einem engen und ungenügenden Nationalismus entgegen. Diesem Nationalismus Gefolgschaft zu leisten, sei schon allein eine Todsünde gegen den Geist der Jugendlichkeit. Er verkenne nicht die

furchtbare Lage der heutigen akademischen Jugend. Es sei zu erwarten gewesen, daß der Pendelschlag eines geistigen Radikalismus nach allen Seiten stärker ausschlagen würde als in normalen Zeiten; aber was man heute erlebe, sei kein geistiger Radikalismus, sondern man gebe sich mit einer unfaßbar grenzenlosen Kritikfähigkeit den allerprimitivsten politischen Weltanschauungen hin, die vor keiner ernsthaften Prüfung bestehen könnten. Das geistige Argument sei durch den Anshwel und den Schlagring ersetzt. Es gelte, dieser Jugend das demokratische soziale Ideal entgegenzubringen. Die Reichsversammlung von Weimar sei eine Sammlung gelegentlich garantierter freier Bestimmungen, auf die das langsam zur Demokratie reisende deutsche Volk nicht verzichten werde.

Stahlhelm an Hervé.

Eine Antwort nach Paris.

Zu den wiederholten Anfragen des Herausgebers der französischen Zeitung „La Victoire“, Gustave Hervé, an den Stahlhelm hat jetzt der Bundeskanzler des Stahl-